

IMPULSREFERAT

Von Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger, Universität Luzern
Anlass **«Tag der Versicherer» 2022**
Datum 24. Juni 2022
Ort Luzern

Steigende Staatsverschuldung: ein Härte-test für die Nachhaltigkeit? ¹

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr verehrte Damen und Herren

«Nachhaltigkeit» ist mittlerweile ein inflationär verwendeter Begriff für alles und jedes. Wer den Begriff «Nachhaltigkeit» googelt, erhält innerhalb von 0,5 Sekunden mehr als 65 Mio. Einträge. Und wer den Zusatz «nachhaltig» mit Bedacht ins Gespräch einstreut, versichert sich zugleich des populären Zuspruchs, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Doch wer erinnert sich eigentlich noch, woher der Begriff «Nachhaltigkeit» stammt?

«Wo Schaden aus unterbliebener Arbeit kommt, da wächst der Menschen Armuth und Dürftigkeit. Es lässet sich auch der Anbau des Holzes nicht so schleunig wie der Acker-Bau tractiren; ... Wird derhalben die größte Kunst, Wissenschaft, Fleiß, und Einrichtung hiesiger Lande darinnen beruhen, wie eine sothane Conservation und Anbau des Holzes anzustellen, daß es eine continuirliche beständige und nachhaltige Nutzung gebe, weiln es eine unentbehrliche Sache ist, ohnewelche das Land in seinem Esse nicht bleiben mag.»

Diese Worte stammen von Hans Carl von Carlowitz, eines Oberberghauptmanns am kursächsischen Oberbergamt in Freiberg. Angesichts einer drohenden Holzverknappung und Ausbeutung der Wälder am Ende des 17. Jahrhunderts formulierte von Carlowitz 1713 in seinem Werk «Sylvicultura oeconomica» erstmals, dass immer nur so viel Holz geschlagen werden sollte, wie durch planmässige Aufforstung wieder nachwachsen kann. Hätten Sie es gewusst?

¹ Der Referent dankt Dr. Michele Salvi für die wertvolle Unterstützung zur Vorbereitung dieser Rede.

Eine Renaissance erlebte der Begriff 1987 durch den «Brundtland Report». Dieser wurde von einer UNO-Kommission unter Führung der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland erstellt. Erstmals war von «Sustainable Development» – in der offiziellen deutschen Übersetzung «nachhaltige Entwicklung» – die Rede.

In seiner breiten Definition ist «Nachhaltigkeit» heute aber kaum in der konkreten gesellschaftlichen Diskussion verankert. Wichtig ist aus meiner Sicht also, den Begriff Nachhaltigkeit aus dem wohlföhligen Technokraten-sprech zu «übersetzen», das heisst, ihn auf die konkrete Situation zu übertragen. Das Thema meines heutigen Referats «Steigende Staatsverschuldung: Ein Härte-test für die Nachhaltigkeit» beleuchtet explizit die ökonomisch – oder noch präziser – die finanzpolitische Dimension der Nachhaltigkeit. Ein Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion oft zu kurz kommt.

Die Schulden-thematik ist aktueller denn je: Die immensen Ausgaben der Corona-Pandemie haben die weltweiten Schulden auf ein Rekordniveau ansteigen lassen: Im Jahr 2020 verzeichneten wir den grössten globalen Schuldenanstieg in einem Jahr seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Schuldenstand entspricht der globalen Wirtschaftsleistung eines ganzen Jahres. Er summiert sich auf rund 90 Billionen Dollar.

Der staatliche Schuldenberg ist damit mittlerweile der höchste Berg der Welt geworden. Würde man alle Staatsschulden in 100-Dollar-Noten aufeinanderlegen, würde dies einen Berg von 90'000 Kilometern Höhe ergeben. Das ist 10'000-mal so hoch wie der Mount Everest – oder 20'000-mal das Matterhorn. Würde man den Stapel der Länge nach hinlegen, reichte er mehr als zweimal um den Äquator. Das reine Papiergewicht dieser Geldmenge beläuft sich auf 900 Millionen Kilogramm oder 900'000 Tonnen. Würde die SBB den Transportauftrag dafür erhalten, könnte sie 60'000 Güterwaggons befüllen. Dieser Transportauftrag würde wohl sogar die Gütertransportsparte der Bundesbahnen profitabel machen.

Richtig: Die Schweiz ist in dieser Beziehung kein Sonderfall. Denn auch die Schweiz blieb von der Entwicklung nicht verschont. Die bewilligten Stützungs-massnahmen im Jahr 2020 und 2021 summierten sich auf fast 90 Milliarden Franken. Das weitaus umfangreichste Fiskalpaket in Friedenszeiten. Für die Bekämpfung der Krise hat der Bund in den vergangenen beiden Jahren tatsächlich über 30 Milliarden Franken – à fonds perdu – ausgegeben. Als Folge davon stiegen die Bundesschulden per Ende 2021 auf rund 109 Milliarden Franken. Dies ist ein Anstieg um 13 Milliarden im Vergleich zum Niveau vor Corona.

Wenn Ereignisse wie die Corona-Pandemie die Wirtschaft und damit auch die Staatseinnahmen treffen, dann ist es gut, wenn der Staat mit expansiver Fiskalpolitik reagieren kann, also Schulden aufnimmt. So muss er keine Steuern erhöhen und keine Staatsausgaben kürzen. Doch eine wesentliche Frage ist, welches Mass an neuen Schulden angemessen ist und wann wieder Schluss sein sollte, damit die Nachhaltigkeit des Staatshaushalts nicht gefährdet wird.

Wer im Konkreten richtigliegen will, sollte zunächst einen Kompass fürs Grundsätzliche haben: Schulden haben durchaus ihre ökonomische Berechtigung, denn die Schulden des einen sind stets die Forderungen des anderen. Ökonomisch gesehen ist es unbestritten, dass das Kreditwesen durch Risiko-, Losgrößen- und Fristentransformation die Wohlfahrt einer Volkswirtschaft steigern kann. Das gilt auch für die öffentlichen Haushalte. Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur oder Bildungsausgaben kommen auch den folgenden Generationen zugute. Deshalb scheint es geboten, sie auch an der Finanzierung durch Schulden im Sinne vorgezogener Steuern zu beteiligen.

Die Frage ist nicht, ob Staaten Schulden machen sollen, sondern wie viel Schulden sie machen sollten und wofür sie das geliehene Geld ausgeben. Oder in anderen Worten: Es geht eben um die Nachhaltigkeit des Staatshaushalts.

Die Antwort lieferte bereits der ursprünglich russischstämmige MIT-Ökonom Evsey Domar in den 1940er-Jahren: «*The faster income grows, the lighter will be the burden of the debt.*» Er kommt zum Schluss, dass die Staatsschuld langfristig nicht schneller wachsen kann als das Sozialprodukt.

Um die nachhaltige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen einschätzen zu können, muss man also erst einmal rechnen. Sie, die als Führungspersonen in der Versicherungsbranche tätig sind, kennen das bestens. Ihre Branche schätzt seit Jahrhunderten Risiken ein und gibt diesen einen Preis, der sich in der jeweiligen Versicherungspolice spiegelt. Auch bei einer Kreditvergabe gilt es, Risiken einzuschätzen. Dem Prinzip nach ist nämlich vorzugehen wie bei der Bonitätsprüfung eines Kreditsuchenden. Der Risikomanager muss die Kreditsumme in Relation zum zukünftigen Einkommen und Vermögen sowie zu den bereits bestehenden finanziellen Belastungen des Kreditnehmers setzen. Weil der Staat durch Besteuerung oder andere Zwangsmassnahmen Zugriff auf die Einkommen und Vermögen der Volkswirtschaft hat, ist die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung im technokratischen Sinne eine sinnvolle Bezugsgrösse für die Staatsverschuldung.

Entgegen einer verbreiteten Auffassung lassen sich aus wirtschaftshistorischer Perspektive keine klaren Schwellenwerte für ein «kritisches» Niveau der Staatsverschuldung definieren. Nehmen wir zur Illustration ein Beispiel aus der näheren Vergangenheit: Griechenland. Das Land steckt spätestens seit 2010 in der Schuldenklemme – obwohl die Pro-Kopf-Verschuldung in vielen anderen Staaten deutlich höher ausgefallen ist: etwa in Österreich, Irland oder den USA. Doch anders als Griechenland genossen diese Schuldenstaaten noch immer das Vertrauen der Märkte und hatten keine Probleme, neue Schulden aufzunehmen. In Griechenland traten dagegen die Risiken der Staatsverschuldung zu Tage und gaben so eine Antwort auf den zweiten Teil der Frage: Wofür wurden die Schulden eingesetzt?

Was wir im Falle Griechenlands beobachten konnten, war nicht nur eine Schuldenkrise, sondern eine Vertrauenskrise. Zu lange hat das Land die schwache Wettbewerbsfähigkeit und die lähmende Korruption

ignoriert, mit dem geliehenen Geld einen aufgeblähten und ineffizienten Staatsapparat finanziert und noch dazu mit kreativer Buchführung seine Zahlen geschönt. Staatsschulden sind entsprechend nicht nur eine makroökonomische Grösse, sondern haben auch eine politökonomische Dimension. Es geht hier also um ein Versagen des Staates und weniger um ein Versagen des Marktes.

Griechenlands Kredite und Darlehen wurden überwiegend dazu verwendet, um Konsumausgaben zu finanzieren und insbesondere den Staat aufzublähen. Nicht dazu, um dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur zu realisieren.

Wenn Staatsschulden ungebremst wachsen, wird irgendwann die Toleranzgrenze der Gläubiger erreicht. Zinsdifferenzen in den gehandelten Staatsschulden spreizen sich dann jäh und drohen zu überschliessen, weil die Erwartungsbildung auf den Märkten hin zu einem neuen Gleichgewicht eher einem Trial and Error als einem graduellen Anpassungsprozess folgt. Der renommierte US-Ökonom Kenneth Rogoff spricht vom «Phänomen der Schuldenintoleranz». Die Folge davon ist die eingeschränkte Möglichkeit zur Kreditaufnahme bis hin zur Kreditklemme.

Für die Nachhaltigkeit der Schulden reicht es also nicht, dass eine Regierung sicherstellt, dass sie sich ihre aktuellen Zinszahlungen leisten kann; sie muss zudem nachweisen, dass sie und ihre Nachfolger die aufgenommenen Kredite zurückzahlen können. Anders ausgedrückt: Wer in neue Staatsanleihen investiert, muss überzeugt sein, dass die aktuellen und künftigen Steuereinnahmen der Regierung ausreichen. Und die Wahrscheinlichkeit, dass Investoren das Vertrauen verlieren, steigt mit zunehmender Verschuldungsquote. Diese Logik zeigt, wie gefährlich die heutige Situation mit den rekordhohen Schulden ist – und wie schnell es gefährlich werden kann.

Was aber bedeutet es, wenn Schulden als nicht mehr nachhaltig erachtet werden? Was braucht es, damit ein Staatshaushalt wieder nachhaltig wird – oder bleibt?

Erstens, man darf keine Angst vor Ausgabenkürzungen haben

Um aus einer drohenden oder tatsächlichen Schuldenklemme herauszukommen, bleibt im Wesentlichen nur die Wahl zwischen Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen oder einer Kombination von beidem – mit entsprechenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Wie es bereits Nobelpreisträger Milton Friedman formulierte: *«Vor Schulden, die man gemacht hat, auch Staatsschulden, kann man nur eine Zeit lang davonlaufen, eingeholt wird man schliesslich doch.»*

Zur Erinnerung: Um zu verhindern, dass die Folgen der Corona-Pandemie Mitglieder der Eurozone in Schwierigkeiten bringen und die Wirtschaft kollabiert, hat die EZB im Jahr 2020 in grossem Stil Geld in die Märkte gepumpt. Ein Anleihekaufprogramm von über 750 Milliarden wurde aufgelegt. Die Anleihekäufe waren

aber nicht die einzige Reaktion der Notenbanken: Sie haben die Zinsen der hoch verschuldeten Staaten durch Staatsanleihenkäufe bereits im Nachgang zur Eurokrise im Jahr 2012 reduziert. Geradezu exemplarisch sind in diesem Zusammenhang die Aussagen des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi. Er hat damals versprochen, alles Notwendige zu tun, um Griechenland und damit den Euro zu retten. «*Whatever it takes*», sagte der EZB-Präsident – und er hat Wort gehalten. Ähnliches passierte auch in der Corona-Krise: «*Aussergewöhnliche Zeiten erfordern aussergewöhnliche Massnahmen*», kommentierte die amtierende EZB-Präsidentin Christine Lagarde das Pandemic Emergency Purchase Program (Pepp). Die Worte der Notenbanker umfassen nichts weniger als eine indirekte Garantie für sämtliche Staatsschulden der Eurozone.

Fast genau zehn Jahre später hallen diese drei Worte «*Whatever it takes*» nach. Die Geldpolitiker erhofften sich, dass die betroffenen Staaten diese Entlastung nutzen, um ihre exzessiv angehäuften Schulden auch tatsächlich abzubauen. Davon ist in den meisten Ländern wenig zu sehen – im Gegenteil: Die Staatsschulden erreichten bereits vor Corona neue Höchststände. Und die Inflation steigt wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Wir stecken in der Stagflation. Was nun?

Es gibt eine ernstzunehmende Literatur ausgehend von Forschungen des Harvard-Ökonomen Alberto Alesina, die sich gerade durch Austerität sogenannte «nicht keynesianische» Wachstumsimpulse erhofft. Alesina, Favero und Giavazzi widersprechen in ihrem höchst lesenswerten Buch «*Austerity: When It Works and When It Doesn't*» der traditionellen Sicht fundamental, wie sie beispielsweise der frühere IWF-Chefökonom Olivier Blanchard vertritt. Alesina erwähnt illustrativ den interessanten Fall Dänemarks in 1980er-Jahren. Das Land reagierte während Jahren mit expansiver Fiskalpolitik und hohen Defiziten auf die Schocks der 1970er-Jahre. Diese mit immer geringerem Erfolg betriebenen Versuche, die Folgen der Ölkrise durch kurzfristige keynesianische Stabilisierungspolitik zu bekämpfen, führten in Dänemark in eine Art Dauerkrise, die sich 1982 zuspitzte. In diesem Jahr lag das dänische Haushaltsdefizit bei 11 und das Aussenhandelsdefizit bei mehr als 4 Prozent des Sozialprodukts; die Arbeitslosenquote stieg auf über 9 und die Inflationsrate auf über 10 Prozent. Die Regierung Jørgensen war am Ende. Vor diesem Hintergrund bestanden die ersten Massnahmen der neu gewählten Regierung unter Poul Schlüter, dem ersten konservativen Premierminister Dänemarks der Nachkriegszeit, darin, eine Kopplung der dänischen Krone an die Deutsche Mark und ein fiskalisches Konsolidierungsprogramm durchzusetzen. Tatsächlich wuchs die dänische Wirtschaft daraufhin kräftig.

Diese von einem deutlichen Anstieg des Binnenkonsums getragene Erholung war Anlass für die Entstehung der Theorie expansiver Konsolidierungen – der «nicht keynesianischen Effekte», die den beobachteten Boom kausal auf die vertrauenserzeugenden Effekte der Sparmassnahmen zurückführen.

Doch davon sieht man derzeit in den meisten westlichen Staaten wenig. Statt Schulden abzubauen, setzen viele Länder auf noch mehr Ausgaben. Die grundsätzlichere Frage ist also: Welche Rahmenbedingungen sind sinnvoll, um die steigende Verschuldung in guten Zeiten präventiv zu verhindern und die Sparbemühungen zu

unterstützten – auch ohne neue Steuern? Das bringt mich zu einer weiteren Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Zweitens, es braucht eine kluge Regelbindung, um die Schuldsituation langfristig im Zaum zu halten

Genau hier sticht die Schweiz heraus. Denn das Beispiel der Schweiz zeigt: Es gibt durchaus Mittel und Wege, das Schuldenwachstum zu begrenzen. Die Schweiz ist heute international ein Musterknabe. Doch das war nicht immer so. Auch die Schweiz hat eine bewegte Zeit durchgemacht. Die Rezession der 1990er-Jahre war einschneidend: Bund, Kantonen und Gemeinden brachen die Einnahmen weg, die Ausgabendisziplin war auf einem Tief-, die Schulden waren auf einem Höchststand. Dass die Schweiz ein Musterbeispiel solider Finanzen sei: Auf diese Idee kommt um die Jahrtausendwende niemand.

Und trotzdem steht die Schweiz zwanzig Jahre und eine Pandemie später deutlich besser da als die meisten anderen Industrieländer. Die Divergenz ist spektakulär – und lässt sich an einem Punkt festmachen: dem Jahr 2003. Was war passiert?

Nach einer Reihe temporärer Massnahmen zur Schuldenstabilisierung wurde 2003 mit Artikel 126 die sogenannte Schuldenbremse in die Bundesverfassung aufgenommen. Das Volk sagte in einer Abstimmung mit 84,7 Prozent «Ja» zur Vorlage. Um was geht es bei der Schuldenbremse?

Bei der Schuldenbremse geht es um nichts anderes als um die Überwindung des «Deficit Bias» durch eine kluge Selbstbindung. Die theoretische Legitimation beruht dabei insbesondere auf dem Problem der fiskalischen Allmende. Während eine bestimmte Interessengemeinschaft von einem bestimmten staatlichen Ausgabenprogramm profitiert, verteilen sich die Kosten auf alle Steuerzahler. Politische Akteure setzen in diesem Fall allgemeine öffentliche Ressourcen zum Vorteil einzelner Verbandsinteressen ein – sogenanntes «Rent Seeking». Schliesslich droht dem Staatsbudget die Übernutzung, wodurch ein Defizit entsteht. Der Mikrobiologe und Ökologe Garrett Hardin fasste es in seinem vielbeachteten Aufsatz treffend wie folgt zusammen: «*Freedom in a commons brings ruin to all.*»

Das Kernstück der Schuldenbremse besteht deshalb aus einer einfachen Ausgabenregel: Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürfen die Ausgaben nicht grösser sein als die Einnahmen. Der jährliche Plafond für die Ausgaben wird an die Höhe der Einnahmen gebunden. In Phasen der Hochkonjunktur liegt der Ausgabenplafond unter den Einnahmen, und der Bund erwirtschaftet einen Überschuss. Umgekehrt lässt der Konjunkturfaktor in Rezessionen ein Defizit zu. Über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg ist die Rechnung ausgeglichen. Hat sich die Schuldenbremse in der Praxis auch tatsächlich bewährt?

Bekannt ist: Die finanzpolitische Lage des Bundeshaushalts verbesserte sich seit der Einführung der Schuldenbremse markant – die Zahlen sind beeindruckend. Zwischen 2003 und 2019 wurden über 28 Milliarden

Franken Schulden abgebaut. Das geschah nicht zufällig. Eine von Michele Salvi und mir durchgeführte kontrafaktische Analyse zeichnet ein klares Bild: Die Schuldenquote des Bundes wurde mithilfe der Schuldenbremse um durchschnittlich zweieinhalb Prozentpunkte pro Jahr gesenkt.

Für eine nachhaltige, wachstumsfördernde und konjunkturverträgliche Finanzpolitik ist eine Schuldenbremse also kein Hindernis – im Gegenteil. Die Schweiz verfügte gerade wegen der Schuldenbremse über die nötigen Spielräume für expansive Fiskalpolitik während der Corona-Pandemie. Doch mit Ausgabenkürzungen und Regelbindung allein ist es nicht getan. Es braucht eine zusätzliche Voraussetzung.

Drittens braucht es Transparenz über sämtliche finanzielle Verpflichtungen des Staates – und damit über die reine Schuldenquote hinaus

Hier ist die Schweiz – noch – keine Musterschülerin. Der Schweizer Bundeshaushalt folgt seit 2007 zwar dem Prinzip der doppelten Buchführung nach internationalen Standards (IPSAS). Analog zu privatwirtschaftlichen Unternehmen, die Sie alle nur zu gut kennen, verfügt er damit als eines der diesbezüglich weitestentwickelten Länder über allgemein anerkannte Führungsinstrumente wie eine Erfolgsrechnung und eine Bilanz. Doch für die Schuldenbremse und damit auch die finanzpolitische Steuerung durch das Parlament blieb trotz angepasster Rechnungslegung einzig die geldflussorientierte Finanzierungsrechnung relevant.

Was für jeden Unternehmensführer klar ist, wie Sie alle bestens wissen, fehlt beim Bund. Denn die Abwägung, ob gespart werden muss oder mehr Investitionen kreditfinanziert werden sollen, kann nicht allein auf Basis von Geldflussrechnungen getroffen werden. Deren Aussagekraft beschränkt sich auf ein Jahr. Der Einbezug der längerfristig orientierten Bilanz ist zentral: Sie unterscheidet zwischen Vermögen (Aktiven) und Schulden (Passiven). Der Überschuss des Vermögens über die Schulden ist das Eigenkapital. Je höher die Eigenkapitalfinanzierung, umso solider ist die Bilanz.

Das Eigenkapital des Staates ist nicht nur für Investitionsentscheide wichtig. Länder mit höherem Eigenkapital sind widerstandsfähiger: Sie haben geringere Finanzierungskosten und sind besser in der Lage, mit einer diskretionären Fiskalpolitik auf wirtschaftliche Schocks wie derzeit die Corona-Krise zu reagieren. Gerade hinsichtlich dieser Resilienz ist ein Eigenkapitalpuffer wichtig. Der Bund wies noch im Jahr 2015 ein negatives Eigenkapital von fast 21 Milliarden Franken aus. Das heisst: Seine Verpflichtungen waren grösser als seine Vermögen. Ob damals eine Lockerung der Schuldenbremse – ungeachtet der hohen Überschüsse in der Geldflussrechnung – sinnvoll gewesen wäre, ist aus dieser Perspektive nicht nur im Lichte der Corona-Pandemie mehr als fraglich.

Ich komme zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Schulden sind weder gut noch schlecht. Sie sind die Grundlage für eine moderne Staatsfinanzierung. Doch Staatsschulden bergen Risiken: Wie die politische Ökonomie uns lehrt, neigt die parlamentarische Demokratie zu exzessiven Staatsausgaben. Die Idee,

den Staatskonsum über gute und schlechte Zeiten hinweg zu glätten, leidet unter dieser politischen Dimension. In schlechten Zeiten werden die Staatsausgaben erhöht, doch in guten Zeiten werden sie nicht wieder zurückgenommen. Schulden sind dabei nicht das Problem, sondern nur Ausdruck des «Deficit-Bias». Und die Nachhaltigkeit kann deshalb nicht an einer einzigen Kennzahl festgemacht werden. Probleme tauchen dann auf, wenn die Märkte nicht mehr an die Zahlungsfähigkeit oder Zahlungswilligkeit der Steuerbasis für das gegebene Ausgabenniveau glauben. Die Nebenwirkungen sind dann beträchtlich: Es führt zu einem Einbruch von Konsum, Investitionen, zu Arbeitslosigkeit und, damit verbunden, zur Abwanderung von Humankapital.

Um dies zu verhindern, braucht es die drei genannten Massnahmen. Erstens darf man keine Angst haben, Ausgaben zu kürzen. Das gilt auch für den Bundeshaushalt.

Zweitens liegt das beste präventive Instrument in kluger Regelbindung. Nobelpreisträger James Buchanan meinte nicht zu Unrecht: *«Good games depend on good rules more than they depend on good players.»* Der Fall Schweiz zeigt den Vorteil von Regeln klar.

Drittens darf man nicht vergessen, dass es zusätzlich mehr Transparenz und eine bessere Informationsgrundlage braucht. Die Schuldenbremse bezieht sich heute nur auf den expliziten Teil der Staatsverschuldung und greift so nur in der regulären Staatsrechnung. Der weitaus grössere Teil der Verschuldung entsteht mittlerweile in den Sozialversicherungen ausserhalb des eigentlichen Bundesbudgets – allen voran bei der AHV. Anstatt einseitig kurzfristige Finanzierungsspritzen zu gewähren, müsste eine Reform den demografischen Trend nachvollziehen, dass wir alle länger leben und es weniger Erwerbstätige pro Rentner gibt, die die AHV finanzieren.

Ein nachhaltiger Staatshaushalt ist nur auf Basis von Institutionen aber nicht umzusetzen. Sie sind der notwendige Rahmen, innerhalb dessen sich die politische und gesellschaftliche Tätigkeit entfalten kann. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir Sorge zu unseren erfolgreichen Institutionen tragen sollten. Es bedingt, dass sich die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft wieder vermehrt mit einem klaren ordnungspolitischen Kompass engagieren. Diese Anstrengung, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss insbesondere in einer direkten Demokratie auch von uns, der Gesellschaft als Ganzes, geleistet werden!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.